

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbsstelle des Postamtes entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 10 Mark.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angaben über die Anzeigenpreise für Anzeigen von 10 bis 20 Zeilen in Goldspalten, sowie die Preise für Anzeigen in Goldspalten, sowie die Preise für Anzeigen in Goldspalten, sowie die Preise für Anzeigen in Goldspalten.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 295

Sonntag, den 20. Dezember 1925

20. Jahrgang

Die Mandchurei soll Völkerbundsmandat werden?

Verwaltung durch Japan.

Berlin, 18. Dez. Nach den Abendblättern wird im „Daily Mail“ im Anschluß an die Meldungen von der Befehung Muidens durch japanische Truppen in Vorschlag gebracht, Japan ein Mandat der Mächte über die Mandchurei zu geben, bis China eine feste Regierung habe. Japan würde aus einem solchen Mandat natürlich einige kommerzielle Vorteile ziehen, aber wenn Japan nicht das Mandat bekomme, würde für alle fremden Länder der Handel mit der Mandchurei überhaupt aufhören. Die Russen würden sich natürlich einem solchen Mandat widersetzen, aber da die Bolschewisten ihre ganze Propaganda in China und gegen England und Japan richteten, so wäre ein solcher japanischer Gegenzug sicher nicht zu befürchten.

Japans Vorgehen in der Mandchurei.

Berlin, 18. Dez. Gegenüber einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ äußerte sich der Berliner japanische Geschäftsträger Ito über Japans Vorgehen in der Mandchurei. Die Entsendung von Ersatztruppen, so erklärte er, ist nicht erfolgt, um den Vormarsch der Armee Kuchonins aufzuhalten oder der Armee Tschangtsolin Schutz und Zuflucht zu gewähren, sondern lediglich um die japanischen Untertanen in der Eisenbahnzone zu beschützen. Die japanische Regierung hat keine Absicht, plötzlich in den Gang der Ereignisse einzugreifen, solange die sich belämpfenden chinesischen Armeen das Leben und den Besitz der japanischen Staatsangehörigen gebührend achten. Zur Rechtslage erklärt der Geschäftsträger: Wir haben auf Grund unserer Verträge mit der chinesischen Regierung das Recht, gewisse militärische Streitkräfte in der Mandchurei zu unterhalten, um die mandchurische Bahn und ihre Zone zu beschützen. Die jetzigen Truppenbewegungen sind völlig gesetzmäßig, denn das Recht hierzu ist uns in diesem Vertrage mit China ausdrücklich zuerkannt worden. Wir haben den sich feindlich gegenüberstehenden Generalen die Warnung erteilt, innerhalb der Eisenbahnzone und in unmittelbarer Nähe derselben keine Feindseligkeiten zu führen. Falls gegen unsere Erwartung derartige Ereignisse dennoch eintreten, werden wir gezwungen sein, unsere Rechte sowie das Leben und den Besitz unserer Landsleute zu beschützen.

Keine russische Truppenbewegung an Chinas Grenze.
Moskau, 18. Dez. Das Volkskommissariat für Krieg läßt durch die Amtliche Telegraphenagentur des Sowjetbundes mitteilen, daß sämtliche Gerüchte über die Zusammenziehung von Sowjettruppen an der chinesischen Grenze jeder Grundlage entbehren. Der Sowjetbund werde sich durch keine Provokation hinreißen lassen, sich in die inneren Angelegenheiten der fernöstlichen Staaten einzumischen.

Chinesischer Proteststreik gegen Japan.

Newyork, 18. Dez. Nach einer Meldung aus Schanghai herrscht in den chinesischen Gewerkschaftsquartieren in Schanghai unter dem Eindruck des Einmarsches der Japaner in die Mandchurei lebhaftes Treiben. In ganz China soll ein großer Proteststreik gegen Japan inszeniert werden.

Ein deutsch-französisches Abkommen über die Ablösung öffentlicher Anleihen.

Paris, 18. Dez. Die deutsche und die französische Regierung haben Abmachungen über die Durchführung des deutschen Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 18. Juli 1925 und über die Behandlung der Wart-Anleihen der esch-lothringischen Gemeinden sowie über die nach dem Vertrage von Versailles sequestrierten deutschen Anleihen getroffen. Die französischen Staatsangehörigen werden für ihre deutschen Anleihen dieselben Vorteile erhalten wie die Angehörigen einer jeden anderen Nation. Die sequestrierten deutschen Anleihen werden zum Teil freigegeben.

Die „kommende Mossultreise.“

Die türkische Presse zur Mossultentscheidung.
London, 18. Dez. Die türkische Presse verhält sich bei der Besprechung der Mossultentscheidung im allgemeinen zurückhaltend und wartet die Haltung der Regierung ab. Die „Djumuriet“ schreibt: Wir werden Mossul retten ebenso wie wir Smyrna, Adana und Brussa gerettet haben. Alle türkischen Zeitungen kritisieren den Völkerbund, der das Werkzeuge Großbritanniens sei. Ein führendes Regierungsorgan sagt, die Regierung habe alle Möglichkeiten geprüft und die notwendigen Maßnahmen getroffen, um jeder Situation gewachsen zu sein.

Direkte englische Verhandlungen mit der Türkei?

Wie die „Daily News“ berichten, ist mit der Möglichkeit der Entsendung einer Sonderdelegation unter der Führung des Generals Sir James Herington nach Angora zwecks direkter Verhandlungen mit der Türkei zu rechnen.

England und der Mossultscheid.

London, 18. Dez. Zu dem Mossultscheid des Völkerbundes schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die Absicht der englischen Regierung dahin ginge, den neuen Vertrag so bald wie möglich unter Dach und Fach zu bringen, um insofern zu sein, den Vertrag zum März dem Völkerbund zu unterbreiten. In der Zwischenzeit würden die Mitglieder des Ratgeber-Ausschusses abwechselnd den Status quo an den gegenwärtigen Grenzen überwachen. An die Stelle des Generals Radnor sei gegenwärtig ein türkischer Vertreter gestellt. Am kommenden Montag wird die Mossultdebatte im Unterhaus stattfinden. Die englische Regierung wird aus der Mossultfrage eine Vertrauensfrage machen. Das Unterhaus betrachtet die Mossultfrage als ein politisches Problem erster Ordnung. Der Kolonialminister Amery ist gestern abend nach London zurückgekehrt. Er erklärte Pressevertretern gegenüber, daß das Ergebnis der Verhandlungen befriedigend sei. Wie schon der Außenminister gesagt hätte, wäre es, wo möglich, zu einer freundschaftlichen Regelung mit der Türkei zu kommen.

Bulgariens außenpolitische Lage.

Nachträge zum griechisch-bulgarischen Streitfall.

Man war in Bulgarien über die unparteiische Stellungnahme des Völkerbundes im jüngsten griechisch-bulgarischen Grenzstreit mehr als erfreut. Die sofortige Enderklärung des Völkerbundes, sein entschiedenes Vorgehen und nicht zuletzt die baldigen Erklärungen Briand's und Chamberlain's haben in Sofia einen tiefen Eindruck gemacht. Man kann aber auch behaupten, daß diesmal zum ersten Male seit der Beendigung des Weltkrieges ein günstiger Wind aus dem Westen nach Bulgarien geweht hat. Ueber Nacht hat dadurch der Völkerbund bei den wenig vertrauensseligen Bulgaren an Ansehen gewonnen. Das Endurteil hat diese Stimmung noch verstärkt.

Die bulgarische Außenpolitik ist dadurch unverändert geblieben. Vielleicht gehen seine Erwartungen noch etwas zu weit, aber man erhofft sich endlich die dringend notwendige Anleihe für die Flüchtlinge aus Thracien, Mazedonien und der Dobrudscha, eine Neuregelung der mazedonischen Minderheitenfrage, ferner eine Aufklärung der Frage des Ausganges zum Ägäischen Meer, endlich die Umwandlung des Südnerheeres in eine reguläre Armee. Man gibt sich der Erwartung hin, daß der Völkerbund endlich die Unhaltbarkeit des Friedens von Neuilly anerkannt habe und daß es Bulgarien in Zukunft gelingen werde, eine glücklichere Periode seiner Außenpolitik einzuleiten, sobald es gelingt, die latente Regierungskrise auf befriedigende Weise zu lösen. Unzweifelhaft war das kluge Verhalten Bulgariens im Streitfall mit Griechenland dazu angetan, das Verständnis der europäischen Diplomatie und die öffentliche Meinung der ganzen Welt für sich einzunehmen. Als die griechischen Truppen die bulgarische Grenze überschritten, sah sich der griechische Außenminister genötigt, zurückzutreten, da er seine ganze Kraft auf die Rettung eines Balkanpaktes konzentriert sah. Sein Nachfolger, Admiral Dabakiriotas aber hat den Anspruch getan: „Was Völkerbund, wo war er denn, als es galt, Griechenland vor dem Gewaltstreik Italiens auf Korfu zu schützen? Nun war aber diesmal Griechenland kein Italien und Vangelor to'n Russolm. Gleichwohl dürften die optimistischen Hoffnungen, die man jetzt in Sofia auf Wien setzt, etwas zu hoch gespannt sein.“

Selbstverständlich steht auch in Sofia der Plan eines Balkanpaktes im Vordergrund des Interesses. Leider sieht man hier, daß er hauptsächlich den Zweck verfolgt, den in Neuilly geschaffenen Status quo mit allen seinen Ungerechtigkeiten zu verewigen. So ist es auch zu erklären, daß gerade Griechenland den Plan langert hat. Griechenland hofft auf diesem Wege am leichtesten die serbischen und bulgarischen Aspirationen nach einem Hafen im Ägäischen Meer zu umgehen. Es wurde auch gerade damals zum ersten Male von einem Balkanpakt gesprochen, als die griechisch-jugoslawischen Verhandlungen an einem toten Punkt angelangt waren. Bezeichnenderweise hat die Wiener Regierung diesen Pakt unter Umgehung Bulgariens nur mit Jugoslawien und Rumänien zur Erörterung gebracht. Dann wollte man die Türkei heranziehen und schließlich Bulgarien vor ein fait accompli stellen. Die Anregung fand jedoch in Belgrad alsbald eine kühle Aufnahme und bald darauf eine entschiedenere Ablehnung, als man dort erkannte, daß es den Griechen hauptsächlich um die Frage von Saloniki handelte. Jetzt, da auch Chamberlain sich für einen Balkanpakt eingesetzt hat, hat Griechenland den Gedanken neu aufgenommen und Admiral Dabakiriotas hat dem Völkerbund und einigen Regierungen bereits einen desbesorglichen Vorschlag überreicht.

Von griechischer Seite wird ins Treffen geführt, daß Rumänien und die Türkei dem Balkanpakten grundsätzlich zustimmen. Was Rumänien anbelangt, so dürfte diese Auffassung gerechtfertigt sein, denn dieses ist auf dem Balkan durch den Erwerb der Dobrudscha voll und ganz gesättigt. Weniger glaubwürdig erscheint sie in Bezug auf die Türkei, die sich mit dem Verlust von Westthracien noch keineswegs abgefunden hat; da es dieses zum Schutz von Adrianopel und Konstantinopel braucht. Daß Belgrad und Sofia nach wie vor einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Für die jugoslawische Auffassung ist noch ein anderer Gedanke maßgebend. In Belgrad und Kragan strebt man in der letzten Zeit offen eine Art Fäbrung aller Balkanstaaten an. Man hofft dadurch den italienischen Balkanallianzen einbüßig einen Riegel vorzuschieben. Viel entscheidender wird der Balkanpakt in Sofia betrachtet. Wenn die Bulgaren wirklich endgültig auf Mazedonien verzichten sollen, so nur um den Preis ihres Anschlusses an Jugoslawien. Dieser Anschlußgedanke gewinnt in Bulgarien immer mehr an Boden, sowohl im Parlament, als auch in der Presse aller Parteien. Der Anschluß an Jugoslawien wird vielfach als der einzige Ausweg aus der dauernden außenpolitischen Isolierung Bulgariens bezeichnet. Er allein bietet nach allgemeiner Ansicht die Möglichkeit, das slavische Element in Mazedonien und Thracien zu retten. Selbst ultranationalistische Kreise und die Mazedonier beginnen sich mit dem Anschlußgedanken vertraut zu machen.

Zu der Besetzung des letzten Balkanpaktes wird eine ähnliche Anleihe erzählt. Als Sir Horace Rumbold, der Vertreter des Völkerbundes in einem vorläufigen Worte bei der Besetzung des Völkerbundes das Wort zu sprechen mochte, da er hoben sowohl die Bulgaren, als auch die Griechen von jenem der Grenze Anspruch darauf. Jeder erklärte das Völkerbunde

Geplanter Ausnahmezustand?

Berlin, 19. Dez. Ein linksradikaler Berliner Abendblatt glaubt mitteilen zu können, daß das Reichswehrministerium mit Vertretern der Reichswehrkommandos Besprechungen über die Verhängung des Belagerungszustandes zur Abwendung drohender Unruhen- und Erwerbslosenunruhen abgehalten habe. Zu dieser Mitteilung und ähnlichen in Berlin im Umlauf befindlichen Gerüchten will die „Börsen-Zeitung“ folgendes bemerken können: Im Reichsministerium des Innern, das gegenwärtig vom Reichswehrminister verwaltet wird, haben tatsächlich Erwägungen über die Verhängung des Ausnahmezustandes im Falle auflretender Unruhen geschwebt. Das Reichsministerium des Innern hat sich auf Anregung des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung, Oberst Künzer, mit den Landesregierungen dieserhalb in Verbindung gesetzt. Die preussische Regierung hat, als die für Ruhe und Ordnung im größten Lande des deutschen Reiches verantwortliche Stelle eine durchaus ablehnende Antwort erteilt. Das Reichsministerium des Innern hat darauf den Plan fallen lassen. Die Richtigkeit vorstehender Angaben, deren Nachprüfung in späterer Nachtstunde nicht möglich war, bleibt dem oben genannten Blatt überlassen.

Die Rheinbrücke bei Wesel geräumt.

Wesel, 18. Dez. Die Rheinbrücke bei Wesel ist von der belgischen Besatzung geräumt worden. Sie wurde dem Landrat, der die im Laufe der Besetzung eingetretenen Schäden zu Protokoll nahm, übergeben.

Die Frist zur Auflösung der privaten Vorschulen.

Berlin, 18. Dez. Die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Frist für die völlige Auflösung der privaten Vorschulen und Vorschulklassen, die bis zum Beginn des Schuljahres 29 bis 30 aufgehoben werden können, bis zum Beginn des Schuljahres 35 bis 36 verlängert werden sollen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erlucht in einem Antrag die Reichsregierung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wodurch alle Beamten einschließlich der Reichsbeamten, die die Ergänzungsprüfung für die nächst höhere Besoldungsgruppe vor ihrer Ausweisung aus dem besetzten Gebiet mit Erfolg abgelegt hatten, durch diese Ausweisung gegenüber den im unbesetzten Gebiet wie dem im besetzten Gebiet verbliebenen Kollegen in der Besoldung benachteiligt und nachdem sie in ihre Heimatverwaltung zurückkamen, anstatt bevorzugt zu werden, abgedaut wurden, noch nachträglich in die der abgelegten Ergänzungsprüfung entsprechende Besoldungsgruppe eingestuft werden.

ter
um
um
um
dt
str.
n
metr. an
l. Meter
ul und
Bogen
hine
versteifet
ufen.
s, l. l.
n
n
n